



Große Kreisstadt Delitzsch

Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 49 „Schulze-Delitzsch-Siedlung, Schkeuditzer Straße“

Aufgrund der §§ 14 und 16 bis 18 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) und des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.03.2014 (SächsGVBl. S. 146) zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 13.12.2016 (SächsGVBl. S. 652) hat der Stadtrat der Großen Kreisstadt Delitzsch in seiner Sitzung amfolgende Satzung beschlossen:

§ 1 Zu sichernde Planung

Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 bezeichnete Gebiet (Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre) eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB erlassen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Delitzsch hat am 22.06.2017 mit Beschluss-Nr. 28/17 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 „Schulze-Delitzsch-Siedlung, Schkeuditzer Straße“ beschlossen.

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre gemäß Anlage umfasst folgende Flurstücke:

Gemarkung Delitzsch, Flur 1

Flurstücke 74/1, 74/2, 71/2, 343/73, 73/1, 73/2, 44, 45, 64/6, 64/7, 64/3, 64/4, 71/3, 85/8, 59/4, 59/3, 59/7, 59/9, 59/10, 59/11, 56/3, 426/59, 56/2, 56/1 sowie 55/3 bis 55/20.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre wird begrenzt:

nördlich:	durch den Kyhnaer Weg
südwestlich:	durch den Windmühlenweg
südöstlich:	durch die Schkeuditzer Straße

Der Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst eine Fläche von ca. 7 ha.

§ 3

Rechtswirkungen der Veränderungssperre

In dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden.
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt wurden oder aufgrund eines anderen baurechtlichen Verfahrens zulässig sind sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Die Veränderungssperre tritt mit der Bekanntmachung im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Delitzsch in Kraft.

Die Veränderungssperre tritt außer Kraft, sobald und soweit für ihren Geltungsbereich der Bebauungsplan Nr. 49 „Schulze-Delitzsch-Siedlung, Schkeuditzer Straße“ in Kraft tritt, spätestens jedoch nach Ablauf von 2 Jahren seit dem Inkrafttreten dieser Satzung.

§ 5

Fälligkeiten und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen

Es wird auf die Vorschriften des § 18 Absatz 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre und die Vorschriften des § 18 Absatz 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung hingewiesen.

Anlage: räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre